



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Maßgebliches und Unmaßgebliches

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

Sie zog die Zügel kräftig an und hielt fast mit einem einzigen Ruck vor der Loge.

Ich will nicht mehr in der Bahn reiten, sagte sie laut, noch atemlos. Fräquitto hat Recht: laßt mich die Straße und den Landweg versuchen — mich so gut wie alle andern!

(Fortsetzung folgt)



## Maßgebliches und Unmaßgebliches

### Reichs Spiegel

Der Schwerpunkt des Interesses des politisch gebildeten deutschen Publikums liegt in diesen Tagen in Nordrney, wo der Reichskanzler und Graf Posadowsky, sein auch in Zollfragen so sachkundiger Kollege, mit dem Präsidenten des russischen Ministerkomitees, Herrn von Witte, beim Kauschen der Wogen über den deutsch-russischen Handelsvertrag zu Räte sitzen. Der Umstand, daß sich Herr von Witte nach Nordrney begeben hat, läßt darauf schließen, daß ihm und mit ihm der russischen Regierung daran liegt, den Vertrag zustande zu bringen. Man soll den Tag nicht vor dem Abend loben, aber es ist wohl mit einiger Gewißheit anzunehmen, daß Graf Bülow imstande sein wird, dem Reichstage bei dessen Wiederzusammentritt ein ganzes Bündel Handelsverträge vorzulegen, vorweg die wichtigsten: die mit Rußland und Österreich-Ungarn. Denn auch die Verhandlungen mit Österreich-Ungarn sollen demnächst in Berlin wieder aufgenommen werden. Die Reise des russischen Ministers ist mit Anleihegerüchten in Verbindung gebracht worden, denen alsbald ein Dementi nachgefolgt ist. Herr von Witte weiß sehr genau, daß die Aufnahmefähigkeit des deutschen Marktes für eine russische Anleihe — bei einer würde es dann ja kaum bleiben — durch nichts besser vorbereitet werden kann als durch einen für Deutschland brauchbaren Handelsvertrag. Rußland wird nicht nur während des Kriegs, sondern erst recht nach ihm enorme Ausgaben haben für die Reetablierung des Heeres und der Flotte, die Wiederherstellung und die Ergänzung des Eisenbahnmateriale, es wird sich auch der Notwendigkeit eines zweiten Geleises für seine sibirische und — falls sie ihm verbleibt — auch für die mandshurische Bahn nicht verschließen können. Dabei soll noch ganz unerörtert bleiben, ob Rußland in die Lage kommen wird, als Besiegter Kriegskosten zu zahlen oder nicht; vor dem Herbst wird darüber nicht zu reden sein. Sedenfalls aber hat Rußland für die nächsten Jahre einen großen Geldbedarf und damit nicht nur ein Interesse, sich den deutschen Geldmarkt willig zu gestalten, sondern auch das nicht minder wichtige, den wirtschaftlichen Aufschwung, dessen das Land nach dem Kriege mehr als je bedürfen wird, durch eine Erleichterung des Güterauswechsels mit Deutschland vorzubereiten. Hohe Absperrzölle könnten vielleicht vorübergehend den russischen Finanzen durch hohe Zolleinkünfte nützlich sein, wären aber schwerlich geeignet, einen wirtschaftlichen Aufschwung herbeizuführen, den Rußland zur Heilung vieler Wunden dringend nötig hat.

Erwägungen der internationalen Politik brauchen hierbei noch nicht einmal herangezogen zu werden, Rußland kann die Tatsache, daß Deutschlands loyale freundschaftliche Haltung für das Zarenreich gegenwärtig eine große Erleichterung ist, bei der Neuregelung der wirtschaftlichen nachbarlichen Beziehungen nicht außer acht lassen, zumal die Öffnung der russischen Grenzen für die deutsche Einfuhr die Öffnung des deutschen Geldmarktes für russische Anleihen zur Folge haben würde, gleichviel zu welcher Zeit sie nötig werden sollten. Ist es richtig, daß unsere Beziehungen zu Rußland gegenwärtig so gut sind, wie seit zwanzig Jahren, seit Skiernewice nicht, so ist es auch natürlich und wünschenswert, daß diese guten politischen Beziehungen ihren wirtschaftlichen Ausdruck finden. Politische und wirt-

schaftliche Interessen voneinander zu trennen, wie es vielleicht noch gegen Ende der achtziger Jahre möglich war, würde heute ein vergebliches Beginnen sein. Je weniger Rußland im gegenwärtigen Augenblicke daran denken kann, politische Bündnisse einzugehen, die ihm im gegebenen Falle unerfüllbare Verpflichtungen auferlegen könnten, um so mehr hat es Anlaß, freundschaftliche Beziehungen auf wirtschaftlichem Gebiete zu suchen. Es sind das so einfache Wahrheiten, daß ihnen gegenüber die Ankerrufe, mit denen die deutsch-russischen Verhandlungen in der Presse noch bis in die jüngste Zeit begleitet worden sind — u. a. noch eben im „Tag“ vom Abgeordneten Professor Paasche —, schwer zu verstehen sind. Deutschlands Stellung bei den Verhandlungen konnte nur durch Drängen oder durch Übereilung ungünstig werden. In der Politik muß man warten können, und die Erfahrungen von 1894 werden diesmal nicht wieder gemacht werden.

Da es keineswegs sicher ist, ob Rußland während des Krieges, etwa bis zum Schluß des Jahres, eine Anleihe nötig hat, so scheint es überflüssig, die Frage zu erörtern, ob der Abschluß einer solchen in Deutschland vor der Wiederherstellung des Friedens mit der Neutralität Deutschlands vereinbar wäre, und ob es die Japaner nicht übel nehmen würden. Dann könnte Rußland dieselben Empfindungen haben, wenn etwa die Japaner in Newyork Geld erhielten. Die Zulassung einer Anleihe widerspricht so wenig den Begriffen der Neutralität, daß eine Verjagung sogar eine direkt unfreundliche Handlung wäre und darum später auch die entsprechenden Folgen haben würde.

Das deutsche Erste Geschwader ist auf die Einladung König Eduards in Plymouth. Von einem „Gegenbesuche“ kann in diesem Falle nicht wohl die Rede sein, da die englische Flotte in Kiel keinen Besuch abgestattet hat, sondern nur vier Kreuzer und einige Torpedoboote ihrem Könige das Geleit gegeben haben, ein etwas zahlreiches Geleit, wenn man will, aber doch immerhin nichts weiter. Ohne die Reise des Königs würden die Schiffe doch nicht nach Kiel gekommen sein. Diese Einladung beweist aber, daß der in Kiel neu gesponnene Faden freundschaftlicher Verührung zwischen den beiden Flotten weiter gesponnen werden soll. Englische Blätter haben darauf hingewiesen, daß es das erstemal sei, daß ein solches deutsches Geschwader in einem britischen Hafen erscheint. Als Napoleon der Dritte bei der Unterredung in Bellevue bei Sedan am 2. September 1870 dem König Wilhelm Komplimente über die preussische Artillerie und deren Überlegenheit über die französische machte, erwiderte der König: Wir haben uns bemüht zu lernen. Ungefähr im selben Sinne hat Kaiser Wilhelm der Zweite in Kiel die Komplimente, die ihm König Eduard, das Oberhaupt der gewaltigsten Seemacht, über die deutsche Flotte gemacht hat, mit dem Hinweise erwidert, daß wir von England gelernt hätten.

Hoffentlich werden sich die Engländer in Plymouth überzeugen, wie ihr König und ihre Landsleute es in Kiel getan haben, daß der Schüler des Meisters wert ist. Der deutsche Matrose macht ja zweifellos neben dem englischen und dessen ungebundenem Wesen einen viel soldatishern Eindruck, aber diese mehr soldatische Erziehung, eine Folge der allgemeinen Wehrpflicht, wird die deutschen Seeleute niemals hindern, es ihren englischen Kameraden an tüchtiger Seemannschaft gleich zu tun. Admiral Seymour weiß, daß seine deutschen Gäste genau denen gleichen, denen einst auf dem gefährdeten Rückzuge von Peking sein Gormans to the front! galt, genau mit derselben Überzeugung gesprochen wie einst Wellingtons Worte bei Belle-Alliance: „Ich wollte, es wäre Nacht, oder die Preußen kämen.“ Das Wort Blüchers, das er damals in seinem Heerbefehl aus Genappe seinen Truppen zurief: „Nie wird Preußen untergehn, wenn eure Söhne und Enkel euch gleichen!“ — haben die Söhne im Jahre 1870, die Enkel ein Menschenalter später auf dem verhängnisvollen Zuge am Peiho eingelöst. So sind denn unsre Blaujacken in Plymouth als Waffenbrüder erschienen, die sich in den ernstesten Augenblicken erprobt haben, unsre Schiffsbesatzungen haben noch manchen wackern Bootsmann aus jenen Tagen in ihren Reihen.

Es ist nicht Überhebung, die uns veranlaßt, auf diese Erinnerungen zurückzukommen. Aber im Hinblick darauf, daß uns Deutschen noch große Anstrengungen zur See bevorstehn, wenn wir auf den weltbeherrschenden Wogen etwas gelten wollen, darf die eigne Nation immer wieder daran gemahnt werden, daß wir im Rate unsrer Vertreter hinter der Tüchtigkeit, der Kraft und der Hingebung, die wie im Heere auch in der Marine lebt, nicht zurückbleiben dürfen. Wenn wir Deutschen unsre Zeit richtig verstünden, so müßte das Drängen auf die Ausgestaltung der Flotte nicht von der Regierung, nicht vom Flottenverein, sondern von der großen Mehrheit unsers Volkes und seiner Vertreter ausgehn. Es ist jüngst in einer lesenswerten Schrift,\*<sup>1</sup> deren Inhalt im ganzen wir uns nicht anzueignen vermögen, deren herz-erfrischender Ton aber doch seine Wirkung nicht verfehlt, gerade vom entschieden liberalen Standpunkt aus darauf hingewiesen worden, daß der zweitgrößten Handelsflotte der Welt nicht eine fünftgrößte Kriegsflotte entspricht, und daß sie zu ihrem Schutze nicht ausreicht; daß ferner in der deutschen Nationalversammlung im Jahre 1848 das erste deutsche Flottengesetz von allen weittragenden Vorlagen die einzige war, die nahezu einstimmige Annahme gefunden hatte. Man erkannte eben damals mehr als heute, daß eine starke deutsche Flotte nicht nur von militärischer, sondern zunächst von wirtschaftlicher und nationaler Bedeutung sei. Eine neue Flottenvorlage, die ein drittes Doppelgeschwader für die Heimat und eine den gewaltig anschwellenden Zahlen unsrer eignen Handelsflotte sowie unsrer gesamten Seeinteressen entsprechende Auslandsflotte fordert, sollte eigentlich gar keiner nähern Begründung bedürfen. Zumal bei der klaren, durchsichtigen Organisation unsrer Schlachtflotte, die, wie in einem lebensvollen Organismus eine Zelle neben die andre tritt, so ein Geschwader an das andre reiht und jedem Schiff im voraus seinen Platz in der Front anweist. Wir sind bei der Verteilung der Kolonien in der Welt zu kurz gekommen, es ist die höchste Zeit, dafür zu sorgen, daß wir wenigstens am Welthandel unsern vollen Anteil erhalten. Neben aller Tüchtigkeit unsrer Kaufleute und Reeder wird das schließlich doch eine Machtfrage sein, und die Zeit, die uns bleibt, ist vielleicht nur noch kurz bemessen.

Es ist an dieser Stelle wiederholt auf die ebenso neue wie eigentümliche Erscheinung hingewiesen worden, daß die parlamentarische Initiative sich der Einführung von Wohlthaten an die Angehörigen des Heeres zuwendet, die ehemals ausschließlich Sache der Armeeverwaltung und der höchsten Stelle war. Nachdem der Reichstag in den letzten Monaten eine Resolution über den Urlaub der Mannschaften und ihre kostenlose Beförderung, möglichst auch mit den Schnellzügen, angenommen hat, kommt jetzt der Offiziersurlaub an die Reihe. Nach einer Ankündigung der Nationalzeitung scheint die Absicht zu bestehn, ein gesetzliches Recht auf Urlaub für den Offizier in Anspruch zu nehmen. Das Blatt fügt als Motiv hinzu: „Diese Frage verdient bei der nächsten Beratung des Heeresetats um so mehr einer aufklärenden Besprechung unterzogen zu werden, als die Inanspruchnahme der physischen und geistigen Kräfte namentlich der Hauptleute und Majors im Laufe der letzten Jahre außerordentlich zugenommen hat.“ Für die Hauptleute ist das zutreffend, für die Majors weniger, wenngleich zugegeben werden mag, daß die Majors zum Teil unter den Folgen der Überlastung der Hauptmannszeit stehn. Urlaub wird aber gerade den Hauptleuten je nach der dienstlichen Möglichkeit reichlich erteilt. Glaubt der Reichstag, daß darin noch weiter gegangen werden solle, so muß er zunächst dafür sorgen, daß jede Kompagnie außer ihrem Hauptmann einen Oberleutnant und drei Leutnants, wie ehemals, hat, und zwar wirklich vorhandne, nicht als Adjutanten usw. abkommandierte. Kriegsakademie, Zentralkursanstalt, Schießschule, Lehrbataillon, die Kadettenanstalten, die Unteroffizierschulen usw. nehmen eine sehr große Zahl von Offizieren in Anspruch, die in der Front ihrer

\*„Weltpolitik und Flottenpläne“ von Ludwig Flatau. Berlin 1904.

Regimenter fehlen, außerdem weist die Infanterie gegenwärtig schon ein Manko von sechs- bis siebenhundert Leutnants bei dem ohnehin sehr knappen Etat von drei statt vier Kompanieoffizieren auf. Um diese Lücken zu füllen, wird man sich zu einer Aufbesserung der Leutnantsgehälter entschließen müssen. Die in den Hamburger Nachrichten befürwortete Erhöhung der Königszulage an unbemittelte, d. h. ohne Zuschuß von den Eltern lebende Leutnants von zwanzig auf fünfundvierzig Mark scheint kein genügendes Auskunftsmitel. Auch wird im Reichstage die Neigung, die Gehälter zu erhöhen, größer sein als die Bereitwilligkeit, einen Unterstützungsfonds zu schaffen. Dann wird sich auch der Zugang wieder vermehren, sodaß vielleicht innerhalb fünf Jahren jede Kompanie vier Leutnants ohne Abkommandierte haben kann. Jetzt hat einen solchen Offizieretat nur das 1. Garderegiment (52). Hat man diese Zahl erreicht, dann wird ebenso ein reichlicherer Urlaub wie eine geringere geistige und körperliche Inanspruchnahme der durch die Einführung der zweijährigen Dienstzeit aufs äußerste angespannten Hauptleute zu ermöglichen sein. Gegen einen gesetzlichen Urlaub aber sollte sich eine verstärkte Reichstagsmehrheit schon deshalb aussprechen, weil die Beurlaubungen im Heere wie in der Flotte von den dienstlichen Erfordernissen abhängig sein müssen, und diese wiederum in nicht geringem Grade von der politischen Lage beeinflusst werden. Die Truppen in den Grenzprovinzen müssen binnen einer oft nur nach Stunden bemessenen Frist marschfertig sein, die Flotte kann binnen vierundzwanzig Stunden oder noch weniger dem Feinde gegenüber sein. Wer sich der Offizierslaufbahn widmet, hat damit seine persönlichen Interessen denen des Dienstes zum Opfer gebracht und weiß, daß er sich dieser Notwendigkeit rücksichtslos unterordnen muß. Den Gegenwert dafür empfängt er in den Ehrenrechten und Vorrechten, in dem Ansehen, deren sich der Offizierstand in Deutschland erfreut. Mit einer gesetzlichen Festlegung des Urlaubs, die für die Armee absolut unmöglich ist, würde der Offizier einfach in die Beamtenkategorien eingereiht werden, die Offizierkorps würden die ersten sein, das abzulehnen. Zu Zeiten Kaiser Wilhelms des Ersten und des alten Noons würde ein solcher Antrag einer runden Absage begegnet sein, die heutige Armeeverwaltung wird dazu keine andre Stellung einnehmen.

\*g\*

Gesetzgebung und Richteramt. Es freut uns, daß unsre Ausführungen über Gesetzgebung und Richteramt in den Grenzboten vom 7. April an zuständiger Stelle Beachtung gefunden haben (Schneider im „Recht“ Nr. 11). Aber die Kritik, die dort an einem Satze meiner Darlegung geübt wird, nötigt mich, den beanstandeten Gedanken näher zu entwickeln. Wie der Zusammenhang zeigt, lag es nicht in unsrer Absicht, unser neues Bürgerliches Gesetzbuch, überhaupt unser heutiges Recht, zu kritisieren, wohl aber die Schwerfälligkeit unsrer Gesetzgebung, sobald es sich nicht um soziale oder politische, sondern um rein juristische, sozusagen technische Materien handelt. Wir stellten unsern gesetzgebenden Organen die Rechtsschöpfung gegenüber, die der römische Prätor durch sein Edikt vornahm, und von der Sohm treffend sagt: „Es war ein Gesetzbuch, welches zugleich konservativ und leicht veränderlich war, welches darum zugleich in den Erfahrungen der Vergangenheit und in der lebendigen Bewegung der Gegenwart wurzelte“ (Institutionen S. 77). Daß einer solchen fortwährend fließenden Reformarbeit gegenüber die verfassungsmäßige moderne Gesetzgebungsmaschine schwerfällig und oft unzulänglich erscheint, das bedarf doch eigentlich keiner Darlegung. Die Folgen treten klar zutage. Alles fließt; die Lebensverhältnisse, die sozialen und die sittlichen Anschauungen erleben Wandlungen, nur die Paragraphen bleiben stet. Unsre Zivilprozessordnung ist schon lange als reformbedürftig erkannt; gleichwohl entschließt sich der Gesetzgeber nicht, sie zeitgemäß abzuändern; lieber werden dem ordentlichen Richter wichtige Materien ganz entzogen und den politischen Parteien als Bankapfel vorgeworfen. Unser Handelsgesetzbuch war lange Jahre rückständig, ehe es im Jahre 1897 zur Umarbeitung kam. Schon im Jahre 1879 schrieb Heinrich

Thöl in der sechsten Auflage seines Handelsrechts (Paragraph 34 Nr. 3): „Möchte doch ein Reichsgesetz den letzten Satz des Artikels 273 streichen!“ Trotz der offensibaren Stichhaltigkeit seiner Kritik blieb dieser Satz bis zum 1. Januar 1900 Gesetz.

Noch ist unser Bürgerliches Gesetzbuch zeitgemäß. Wird es das noch in zwei Menschenaltern sein? Die Regelung des Vereinsrechts befriedigt vielleicht schon in fünfzehn Jahren nicht mehr. Über die Frage der kurzen Verjährungsfristen ist man vielleicht in dreißig Jahren anderer Meinung als die Urheber des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Ist es nicht denkbar und sogar wahrscheinlich, daß unsre Nachkommen das Bedürfnis nach andern dinglichen Rechten, als sie das Bürgerliche Gesetzbuch anerkennt, empfinden werden? Die Bestrebungen des geistig regsamen Teils der Frauenwelt werden nach und nach einen Umschwung der Ansichten über die der Frau gebührende Stellung in Familie, Gesellschaft und Staat auch in den maßgebenden Kreisen herbeiführen. Werden alsdann nicht die Regeln des jetzt geltigen und befriedigenden Eherechts als rückständig erscheinen? Können die Ansichten über die Rechtslage der unehelichen Kinder nicht binnen eines halben Jahrhunderts einen völligen Umschwung erleiden? So sieht man mit Bestimmtheit einen Zeitpunkt kommen, wo die wichtigsten Materien unsers Zivilrechts das öffentliche Rechtsbewußtsein nicht mehr befriedigen. Daß man rechtzeitig, also vor dem Eintritt der völligen Disharmonie zwischen Norm und Leben, zum Um- und Neubau unsers bürgerlichen Rechts schreiten wird, dürfte nach den gemachten Erfahrungen nur der Optimist hoffen.

Der Weg zum ewigen Frieden. Im Genus Utopist, Spezies Friedensschwärmer, stoßen wir auf eine neue Spielart. Ihr erster Vertreter in der Literatur nennt sich Anthropos, verrät sein Vaterland durch seine „weilers“ und „invorhinein“ und betitelt sein Buch: Zivilisation und Weltfrieden, Impressionen zu einer Lehre von Glückseligkeit und Erkenntnis. (Dresden, E. Pierjon, 1903.) Die Impressionen, die sein Buch vom Untertitel an auf uns gemacht hat, wollen wir aus Höflichkeit nicht unverhüllt aussprechen, wir sagen nur folgendes. Einer seiner drei Grundgedanken ist richtig und unterscheidet ihn vorteilhaft von den Schwärmern der Friedensliga. Er erkennt, daß so lange die Menschen bleiben, wie sie jetzt sind, der Militarismus noch das beste Mittel zur Erhaltung des Friedens ist, und zwar leiste er diesen Dienst nur, wenn die Heere Riesenarmeen sind und nicht aus Miliztruppen bestehen. Schiedsgerichte seien ja ganz gut und ein kleiner Fortschritt, aber den Frieden vermöchten sie nicht zu sichern. Einen zweiten Gedanken wollen wir nicht schlechtthin falsch nennen, weil kein Mensch weiß, was nach tausend Jahren möglich sein wird, aber er ist praktisch bedeutungslos. Anthropos will den ewigen Frieden dadurch herbeiführen, daß er den gegenwärtigen halbtierischen, egoistischen Menschen durch Erziehung zum wahren Menschen macht, zum echten Menschentum, auf die Stufe wirklicher Zivilisation emporhebt, zu der er über die drei Vorstufen: persönlicher Egoismus, Nationalegoismus oder Patriotismus, kosmopolitischer Altruismus hinaufzuklimmen hat. Vollkommen „gereinigt“ ist nämlich der Mensch erst dann, „wenn er von aller Menschheit und allem Wohle abieht und sich der Sache, dem Guten, dem Nichtigen zuwendet.“ Wenn man die Menschen für etwas oder zu etwas erziehen will, muß man einen Begriff von diesem etwas haben. Wir wissen, was ein „schneidiger“ Vorgesetzter, was ein gehorsamer Untergebner, was ein tüchtiger Kaufmann, was ein feiner Diplomat, was ein dankbarer, ein bescheidner Mensch, was ein Asket, was ein Fanatiker ist, und darum können wir einen Knaben zu einem Exemplar einer beliebigen von diesen Menschengattungen erziehen, wenn er die Anlage dazu und der Erzieher das nötige Geschick hat. Aber wie ein Mensch aussieht, in dem der nötige Selbsterhaltungstrieb und die Liebe zu lebendigen Menschen dem ausschließlichen Interesse für das Gute gewichen sind, wie eine Welt aussieht, worin es keine

Konflikte mehr gibt und der Fall nicht mehr vorkommt, daß zwei Schiffbrüchige um ein Brett streiten oder beide zugrunde gehn müssen, davon haben wir keinen Begriff, und darum können wir auch die Menschheit nicht dazu erziehen, auch wenn uns eine Erziehungszeit von Jahrhunderten bewilligt wird.

Der dritte Grundgedanke endlich, den übrigens der Verfasser zuerst entwickelt, ist falsch und ein höchst wunderlicher Irrtum. Er meint, das Böse entspringe nur aus fehlerhafter Erkenntnis, werde mit fortschreitender Zivilisation, die er dem exakten Denken gleich setzt, verschwinden, fordert darum die Beseitigung der Metaphysik und ruft: „Gebt dem Menschen die Erde wieder, die ihr ihm gleisnerisch entrisfen habt!“ Daß sich ein exakt denkender Mathematiker in die allerunangenehmsten Konflikte mit seinen Nebenmenschen verwickeln kann, wissen die Mitarbeiter von Witzblättern, und Asketen, die allein nach dem Himmel streben, mögen wenig Nutzen stiften, aber die Konflikte, die zu Kriegen führen, vermehren sie so wenig wie die Philosophieprofessoren. Freilich haben sie als Fanatiker manchmal Religionskriege entzündet, aber auch für diese sind irdische Interessen die eigentlichen Triebfedern und die himmlischen meist nur ein Vorwand, höchstens Mitursachen gewesen. Es sind keine metaphysischen Schrullen, sondern Teile der Erde, um die Russen und Japaner einander totschießen, Franzosen und Deutsche, Deutsche und Russen, Arbeiter und Unternehmer einander totschießen würden, wenn nicht die Riesenheere das eine zu gefährlich und das andre unmöglich machten. „Gebt uns die Erde!“ braucht niemand den Metaphysikern zuzurufen, denn die haben sie nicht im Besitz, sondern eben daraus entstehen alle Konflikte und Kriege, daß die Erdoberfläche und die Menge der ihr abzurückenden Güter begrenzt ist, und daß jeder einen möglichst großen Teil davon haben will.



Herausgegeben von Johannes Grunow in Leipzig

Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig — Druck von Karl Marquart in Leipzig

Alle für die Grenzboten bestimmten Aufsätze und Zuschriften wolle man an den Verleger persönlich richten (J. Grunow, Firma: Fr. Wilh. Grunow, Inselstraße 20).

Die Manuskripte werden deutlich und sauber und nur auf die eine Seite des Papiers geschrieben mit breitem Rande erbeten.

